



# **NIEDERSCHRIFT**

**über die 40. Sitzung des Stadtrates**

**der Stadt Landau in der Pfalz**

**am Dienstag, 17.09.2013,**

**im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal**

Beginn: 17:03

Ende: 17:38



**Anwesenheitsliste**

SPD

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Rudolf Boesche

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf ab 17.08 Uhr

Prof. Peter Leiner

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals ab 17.13 Uhr

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern

Peter Lerch

Rolf Morio

Dorothea Müller

Wilhelm Prokop ab 17.15 Uhr



Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Dietrich Herdel

FWG

Wolfgang Freiermuth

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Jochen Silbernagel

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller

Franco Casella

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordnete

Maria Helene Schlösser



Berichterstatter

Christine Baumstark	(Hauptamt)
Michael Götz	(Gebäudemanagement Landau)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Sascha Reinhard	(Projektteilung Landesgartenschau)
Hans Schlösser	(Rechnungsprüfungsamt)
Matthias Schmauder	(Geschäftsführer Landesgartenschau GmbH)

Sonstige

Petra Bechtold	(Ortsvorsteherin Dammheim)
Carina Treitz	(Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

SPD

Sonja Baum-Baur  
Hermann Demmerle  
Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Gauer



FDP

Otto Pfaffmann

Dr. Elke Wissing

Beigeordneter

Rudi Klemm



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## **T a g e s o r d n u n g**

### **Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g**

1.      Kampfmittelräumung  
          Vorlage: 860/201/2013
  
2.      Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

### Kampfmittelräumung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 20. August 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Zentrale Botschaft des Räumkonzeptes sei, dass man auf dem Gartenschau Gelände mindestens den Sicherheitsstandard schaffe, der insgesamt in der gesamten Stadt Landau gelte. Dies sei vom Land jetzt so bestätigt worden. Mit Bedacht habe er den Vorschlag gemacht, zusammen mit dem Stadtvorstand und den Fraktionsvorsitzenden nach Mainz zu fahren. Dadurch sollte zum Ausdruck kommen, dass man gemeinsam zum Konzept und zur Landesgartenschau stehe. Offenbar habe dies gefruchtet, denn die Ministerpräsidentin habe zugesagt den Sport- und Freizeitcampus mit 80 % zu bezuschussen. Auch das Konversionsgelände Wohnpark Am Ebenberg werde bis 80 % der Förderfähigkeit unterstützt. Für die Stadt sei die zentrale Botschaft der Förderfähigkeit wichtig gewesen. Er danke ausdrücklich dem Stadtvorstand und den Fraktionen, die mit nach Mainz gefahren seien. Auch wenn es etwas holprig lief, wolle er auch dem Land danken. Sein Dank gelte auch der Verwaltung, die in tagelanger Arbeit ein Konzept entwickelt habe, das getragen habe. Jetzt gehe es an die Vorbereitung der Ausschreibung und die Umsetzung. Er hoffe, dass man dann im Frühjahr 2014 die weiteren Maßnahmen besprechen könne. Es sei eine Herausforderung zu bewältigen gewesen, die man sich nicht gewünscht habe. Man sei auf der Zielgeraden gewesen und habe bewiesen, dass man dieses Großprojekt steuern könne. In diesem Sinne bitte er den Stadtrat um Zustimmung zu dieser Vorlage.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erinnerte daran, dass man harte Wochen seit der Verschiebung der Landesgartenschau durchlebt habe. Wichtig sei aber letztendlich, was hinten rauskomme. Der Mittwoch letzter Woche sei ein guter Tag für Landau gewesen. Landesregierung und Stadt sei es gelungen, den Knoten zu durchschlagen. Es sei auch ein wichtiges Signal, dass man dieses Projekt durchziehe. Entgegen mancher Unkenrufe und Zweckpessimisten seien die Dinge letztlich wieder ins Lot gebracht worden. Hierzu gehöre auch eine noch engere Abstimmung mit dem Land. Leider gebe es nach wie vor Vertreter, die diese Landesgartenschau offenbar nicht wollen. Dies habe man gerade wieder erleben müssen, als sich Geltungsbedürfnis und Charakterschwäche gepaart hätten. Es stimme ihn mehr als nachdenklich, dass ein Mitglied des Aufsichtsrates vertrauliche Sitzungsunterlagen an die Presse weitergegeben habe. Dies sei Egoismus in Reinkultur. Das Ergebnis des Gesprächs in Mainz sei ein Rettungsschirm für Landau. Das Konzept, über das man lange gesprochen habe, sei vernünftig und finanziell darstellbar. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage und damit dem Konzept zu.

Ratsmitglied Lerch zeigte sich verwundert über die Ausführungen von Herrn Dr. Ingenthron. Die SPD-Fraktion, die jetzt das Ergebnis in Mainz lobe, habe schon vor zwei Wochen zustimmen wollen und das ohne das Gespräch und die Zusagen von Mainz. Das Gespräch habe es deshalb gegeben, weil die CDU und die Koalition auf die schriftliche Zusage bestanden hätten. Ohne dieses Gespräch wäre man deutlich schlechter dagestanden. Jetzt sei gewährleistet, dass man nach dem Beschluss in die Umsetzung gehen könne. Der CDU sei die Zusage sehr wichtig, dass die Maßnahme förderfähig sei. Unter dem Strich sei dies ein positives Ergebnis. Zwei Aspekte wolle er noch einbringen. Zum einen scheine die Bezuschussung des Freizeitcampus wieder ins Wackeln geraten zu sein. Hier werde man sehr genau darauf achten, dass es bei den zugesagten 80 % bleibe. Zum zweiten sei es der CDU sehr wichtig, dass das mündlich zugesagte sehr bald durch einen rechtsmittelfähigen Bescheid abgesichert werde. Davon wollte man aber heute nicht die Zustimmung abhängig machen. Aber man vertraue darauf, dass dieser Bescheid bald kommen werde. Unter dieser Voraussetzung stimme die CDU-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Brunner lobte die angenehme Atmosphäre bei dem Gespräch in Mainz. Es sei gelungen, diverse bestehende Missverständnisse zu klären. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.





Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass das Ergebnis natürlich positiv sei. Man müsse es aber auch mit einem kritischen Auge sehen. Es könne ja sein, dass das Land gar nichts oder erst in ferner Zukunft zahlen müsse. Auch die Entstehungsgeschichte könne man nicht ganz unter den Tisch fallen lassen. SPD und Grüne hätten vor der Landesregierung Duckmäusertum betrieben, denn es könne nicht sein, dass man als Stadt bei einer Landesgartenschau auf den Kosten sitzen bleibe. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Silbernagel war der Auffassung, dass man die Kurve gerade noch bekommen habe. Das Gespräch in der Staatskanzlei sei der richtige Weg gewesen. Die Sensibilisierung der Minister und das Entgegenkommen der Staatskanzlei hätten sich positiv ausgezahlt. Bei einer weiteren Verschiebung wäre man unglaublich geworden. Die Zusammenarbeit mit dem Land sollte in kürzeren Abständen erfolgen, die Abstimmung noch enger sein. Die FDP-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage ebenfalls zustimmen.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass er kein anderes Ergebnis in Mainz erwartet habe. Enttäuscht sei er, dass man keinerlei Interesse gehabt habe, das ganze Mal von der Vergangenheit her aufzuarbeiten. Schon 2003 habe der Bund die vom Gutachterausschuss ermittelten Werte nicht akzeptieren und den Preis drücken wollen. Die Sache sei durch die Entscheidung im Mainz etwas abgeschwächt worden. Klar und auch einig sei man, dass die Kampfmittel geräumt werden müssen. Wer es letztlich zahle sei egal. Wenn allerdings die Landesgartenschau GmbH ermächtigt werde, Aufträge zu vergeben, dann müssten die Personen so handeln, dass sie frei von Korruptionsverdacht seien. Dies bedeute, dass entsprechende Verpflichtungserklärungen unterschrieben werden müssten. Wenn man zu den veranschlagten Kosten der Kampfmittlräumung von 3 Millionen Euro noch die gleiche Summe für die Wiederherstellung von Straßen und Flächen hinzurechne, komme man auf Kosten von 6 Millionen Euro. Er frage sich, ob der Oberbürgermeister dies den Menschen so gesagt habe. Für die UBFL-Fraktion sei aber klar, dass die Sicherheit der Bewohner und der Landesgartenschaubesucher Vorrang habe. Von daher werde man der Vorlage zustimmen bzw. sich enthalten.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er die falschen Behauptungen von Herrn Marquardt zurückweise. Alle Verfahren, die wegen Korruptionsverdacht bestanden hätten, seien abgewiesen worden. Natürlich hätte man vor 9 Jahren anders entschieden, wenn man es gewusst hätte. Heute wisse man mehr. Er wolle auch noch mal klar stellen, dass er das gemeinsame Gespräch bei der Ministerpräsidentin vorgeschlagen habe. Da mittlerweile die Zustimmung des Umweltministeriums vorliege, könne man unter Punkt 3 des Beschlussvorschlages den Halbsatz „bei Zustimmung des MULEWF“ streichen.

Ratsmitglied Marquardt beantragte, den Punkt 3 getrennt abstimmen zu lassen. Es gehe ihm darum, dass aus seiner Sicht die Landesgartenschau GmbH keine weiteren Aufträge vergeben dürfe, solange noch Verfahren im Gange seien.

Der Vorsitzende verwahrte sich deutlich gegen die Ausführungen von Herrn Marquardt. Herr Marquardt beschädige wider besseren Wissens und vorsätzlich Leute. Die ADD als Aufsichtsbehörde habe das Vorgehen der Stadt bestätigt. Aufträge würden nicht von der GmbH, sondern vom Vergabeausschuss vergeben.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Für den „Wohnpark Am Ebenberg“ und das Areal der Landesgartenschau wird ein Sicherheitsniveau bezogen auf Kampfmittel festgelegt, das mindestens das übliche Niveau in der Stadt Landau sowie vergleichbarer Städte in Rheinland-Pfalz erreicht. Dem beigefügten Konzept zum Umgang mit Kampfmitteln wird, vorbehaltlich der Zustimmung des Landes Rheinland-Pfalz, zugestimmt.**



2. a) Für die Kampfmittelräumung anlässlich der Landesgartenschau werden vorläufig 1.075.000,-- Euro netto, dies entspricht 1.279.250,-- Euro brutto, bereitgestellt.

b) Für die Kampfmittelräumung, welche die Entwicklungsmaßnahme Estienne et Foch betrifft, werden über die Entwicklungsmaßnahme 2.335.000,-- Euro brutto und für sonstige städtische Flächen 25.000,-- Euro brutto, insgesamt 2.360.000,-- Euro bereitgestellt.

In diesen Positionen sind die geschätzten Kosten der Kampfmittelräumung, Entsorgung von Altlasten, Beseitigung von Fundamenten sowie die Wiederherstellungskosten der Flächen enthalten.

**Mittelbereitstellung:**

Neben den bereits bewilligten Mitteln in Höhe von zusammen 190.000,-- Euro werden zunächst außerplanmäßig und im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt für das Jahr 2013 Mittel in Höhe von 275.000,-- Euro und für das Haushaltsjahr 2014 Mittel in Höhe von 2.000.000,-- Euro bereitgestellt.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja-, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung:

3. Als Ausschreibungsverfahren wird grundsätzlich ein „nicht offenes Verfahren mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb“ festgelegt. Die Landesgartenschau gGmbH kann zur Vermeidung von Stillstandskosten aufgrund Dringlichkeit die Fristen des nichtoffenen Verfahrens verkürzen oder ein Verhandlungsverfahren durchführen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

4. Der Stadtrat stimmt der Verlegung der Landesgartenschau in das Jahr 2015 zu.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)**

**Verschiedenes**

Zu diesem Punkt war nichts zu protokollieren.



Die Niederschrift über die 40. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 17.09.2013 umfasst 2 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 27.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer  
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Rudi Klemm  
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser  
Beigeordnete